

Landesärztekammer Brandenburg
Körperschaft öffentlichen Rechts
Dreifertstraße 12
03044 Cottbus

Pressestelle

c/o 4iMEDIA Medienberatung
[Public Relations (PR), Agentur & Werbung]

Ansprechpartner:

Romy Weisbach M.A.

Tel.: +49 (0) 341 870 98 40

Fax: +49 (0) 341 870 98 414

eMail: LAEKB@4iMEDIA.com

eMail: romy.weisbach@4iMEDIA.com

Gegen Privatisierung

Baaske sicherte Hilfe zu

Protestaktion geplant

Gesundheitsminister Baaske im Gespräch mit Ärzteschaft

Brandenburgs Ärzte setzen nicht auf Konfrontation

Cottbus. Der Brandenburgische Gesundheitsminister Günther Baaske folgte am Wochenende einer Einladung der Landesärztekammer zur 11. Kammerversammlung. Inhalt der Gespräche: vor allem die beiderseitigen Standpunkte zu den aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen.

Dr. Udo Wolter, Präsident der Kammer: *"Da wir als Landesärztekammer Brandenburg Körperschaft des öffentlichen Rechts sind, war ein Antrittsbesuch Ende vergangenen Jahres für uns selbstverständlich. Einerseits um uns gegenseitig kennen zu lernen, andererseits, um unsere Probleme vor allem hinsichtlich des akuten Ärztemangels anzusprechen".*

Baaske sah sich während der Diskussion bei der 11. Kammerversammlung einig mit den Ärztevertretern, dass nicht eine vermeintliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu den aktuellen Finanzproblemen geführt habe, sondern sinkende Einnahmen aufgrund der demografischen und Arbeitsmarktentwicklung. Er sprach sich gegen Bestrebungen zur Privatisierung aus, da die Ausgaben und Verwaltungskosten bei den privaten Krankenversicherungen deutlich über denen der gesetzlichen Versicherung liegen würden.

"Es gibt keine Alternative zur gesetzlichen Krankenversicherung. Deren Gestaltung wird uns künftig intensiv beschäftigen", sagte er. Angesichts des Problems des Ärztemangels in Brandenburg könne eine starre Trennung von ambulanten und stationären sowie dem medizinischen und Pflegebereich nicht mehr aufrechterhalten werden, so Baaske.

Als Gesundheitsminister wolle er sich aktiv in den Gestaltungsprozess der Reformen im Gesundheitswesen einzubringen - *"auf der Arbeitsebene und ohne großes Glockengeläut gegen den Bund"*. Baaske wolle alles daran setzen, im Bundesrat ostdeutsche Interessen einzubringen. Der Osten müsse hier mit einer Stimme sprechen.

Landesärztekammerpräsident Wolter informierte den Minister, dass in Brandenburg keine "Kampfmaßnahmen" gegen die Sparzwänge im Gesundheitswesen vorgesehen seien. Oberste Priorität behalte die Patientenversorgung. *"Bei einer Protestaktion am 22. Januar in Potsdam wollen wir allerdings klar und deutlich unsere Position vertreten. Schließlich sind die Brandenburgischen Ärzte von dem jetzt schon bestehender Ärztemangel und unzähligen Überstunden in Kliniken und Praxen von Sparmaßnahmen besonders betroffen"*. Wolter lud den Gesundheitsminister ausdrücklich zu dieser Veranstaltung ein. Die Ärzteschaft wünsche einen fairen Umgang und keine Konfrontation.